

Der große BaWü-Check (6): Erwartungen und Hoffnungen



Wie werden wir wohnen? Diese Frage treibt die Baden-Württemberger um. Foto: Jonas Walzberg/dpa



Wie werden wir lernen? Eine bessere digitale Schulausstattung ist erwünscht. Foto: Marijan Murat/dpa



Sind wir sicher? Schutz vor Verbrechen ist den Bürgern wichtig. Foto: Silas Stein/dpa



Keine Top-Priorität: Der Klimaschutz steht erst an Platz fünf. Foto: Juergen Wiesler/stock.adobe.com

Wohnen ist wichtiger als das Klima

Corona rückt in den Hintergrund: Was sich die Menschen im Land jetzt wünschen

Wie zufrieden oder unzufrieden sind die Menschen im Südwesten mit der Arbeit der Landesregierung? Welche Sorgen und Ängste bewegen sie? Um das herauszufinden, haben sich die Tageszeitungen in Baden-Württemberg mit dem namhaften Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammengeschlossen. Die Meinungsforscher befragen mehr als 1.000 erwachsene Menschen im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Im sechsten Teil des Baden-Württemberg-Checks geht es um die Stimmung im Land und eine erste Bilanz der Arbeit der neuen Regierung, die seit Mitte Mai am Ruder ist.



Wie zufrieden oder unzufrieden sind die Menschen im Südwesten mit der Arbeit der Landesregierung? Welche Sorgen und Ängste bewegen sie? Um das herauszufinden, haben sich die Tageszeitungen in Baden-Württemberg mit dem namhaften Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammengeschlossen. Die Meinungsforscher befragen mehr als 1.000 erwachsene Menschen im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Im sechsten Teil des Baden-Württemberg-Checks geht es um die Stimmung im Land und eine erste Bilanz der Arbeit der neuen Regierung, die seit Mitte Mai am Ruder ist.

Kennen Sie Marion? Marion Genges? Ratloses Schulterzucken bei den allermeisten Menschen im Land. Gerade mal sieben Prozent der Baden-Württemberger wissen, dass die 49-jährige Juristin seit Mai dieses Jahres die amtierende Justizministerin ist.

Was sich für die Politiker im Stuttgarter Parlament wie eine kalte Dusche anfühlen mag, ist für Meinungsforscher keine Überraschung: Landespolitiker haben es grundsätzlich schwer, einen hohen Bekanntheitsgrad zu erreichen und die wenigsten Mitglieder der grün-schwarzen Landesregierung, die seit der Landtagswahl im Frühjahr am Ruder ist, sind den Wählern vertraut.

Einzige Ausnahme: Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne). Sein Bekanntheitsgrad liegt bei 92 Prozent. Mit großem Abstand folgt Innenminister Thomas Strobl (CDU). Mit seinem Namen konnten immerhin 58 Prozent der Befragten etwas anfangen.

Kretschmann soll durchziehen

Eine relative Mehrheit der baden-württembergischen Bevölkerung, 45 Prozent, würde es außerdem begrüßen, wenn der Landesvater die volle Amtszeit, also die nächsten fünf Jahre, im Amt bliebe. 32 Prozent sind dagegen. Die allermeisten Anhänger der Oppositionsparteien würden den Ministerpräsidenten lieber heute als morgen in die Pension schicken.

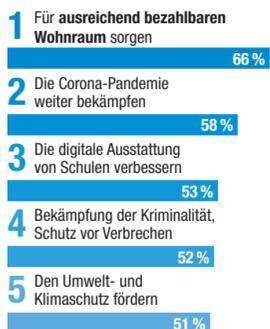
Platz für neue Themen

Und welche Themen beschäftigen die Menschen im Land? Nach wie vor prägen die Corona-Pandemie und ihre Bekämpfung die politische Agenda. Aber die Pandemie verliert etwas an Dringlichkeit. So rechnen aktuell 58 Prozent die Bekämpfung der Corona-Pandemie zu den wichtigsten Aufgaben, um die sich die neue Regierung kümmern muss, für 43 Prozent zählen auch die finanzielle Unterstützung von Unternehmen und Selbstständigen, die von der Corona-Krise besonders betroffen sind, dazu.

Bei der Erhebung im Februar rechneten noch 67 Prozent die Bekämpfung der Pandemie und 64 Prozent die finanzielle

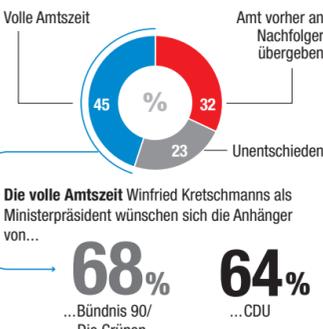
Prioritäten

„Was sind in Ihren Augen die wichtigsten Aufgaben, um die sich die neue Regierung in Baden-Württemberg kümmern sollte?“



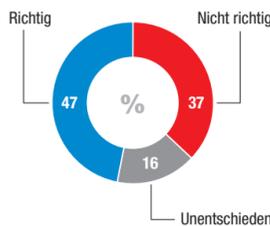
Amtsnachfolge

„Sollte Winfried Kretschmann die vollen nächsten fünf Jahre Ministerpräsident bleiben, oder sollte er das Amt vorher an einen Nachfolger übergeben?“



Solarpflicht

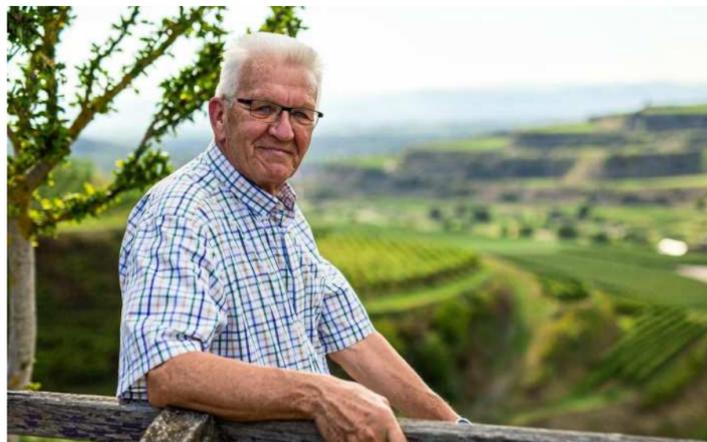
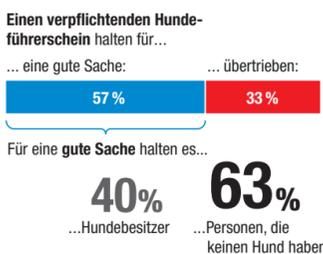
„In Baden-Württemberg soll ab Anfang 2022 eine Solarpflicht für Neubauten gelten. Finden Sie die Solarpflicht richtig oder nicht richtig?“



BNN-INFOGRAFIK | QUELLE: ALLENSBACHER ARCHIV

Hundeführerschein

„Die neue Landesregierung hat für Hundehalter einen verpflichtenden Hundeführerschein eingeführt. Hundehalter müssen nachweisen, dass sie ihren Hund unter Kontrolle haben und wissen, wie man einen Hund richtig hält und erzieht.“



Beliebt und bekannt: Der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann ist der mit Abstand bekannteste Landespolitiker. Foto: Philipp von Dittfurth/dpa

Unterstützung betroffener Unternehmen zu den wichtigsten Aufgaben.

Wunsch nach Wohnraum

Neben den Anliegen, die unmittelbar mit der Pandemie zu tun haben, rücken auch andere Themen wieder stärker in den Fokus. So wird derzeit keiner anderen Aufgabe so viel Bedeutung beige-

messen wie der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum.

66 Prozent zählen es zu den wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung, für ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Als unverändert dringlich wird die Verbesserung der Digitalausstattung der Schulen eingestuft. Darüber hinaus messen die Bürger des Landes

der Bekämpfung der Kriminalität, dem Umwelt- und Klimaschutz sowie der flächendeckenden Bereitstellung von schnellem Internet große Bedeutung zu. 52 Prozent halten die Kriminalitätsbekämpfung, 51 Prozent den Schutz von Umwelt und Klima, 46 Prozent die Versorgung mit schnellem Internet für besonders dringliche Aufgaben der neuen Regierung.

Autoland ohne die Politik

Am Ende der politischen Agenda steht die Forderung, die Autoindustrie zu unterstützen, umweltfreundlichere und nachhaltigere Autos zu bauen. Lediglich 16 Prozent erkennen darin ein wichtiges Ziel der neuen Regierung. Die große Mehrheit der Bevölkerung sieht die Unternehmen gefragt, nicht die Politik.

Aber auch die finanzielle Unterstützung von kulturellen Einrichtungen, von Sportvereinen und anderen Einrichtungen, die durch die Corona-Pandemie in Not geraten sind, zählt nach Auffassung weiter Teile der Bevölkerung nicht zu den wichtigsten politischen Aufgaben.

Mehrheit für Schuldenbremse

Gleichzeitig spricht sich die große Mehrheit der Bürger gegen die Neuaufnahme von Schulden aus. 61 Prozent möchten die Schuldenbremse beibehalten. Da die derzeitige Regelung eine Aussetzung der Schuldenbremse erlaubt, hält die große Mehrheit eine grundsätzliche Abschaffung für nicht angebracht. Lediglich 19 Prozent sind dafür.

Wie finden Sie Grün-Schwarz?

Die Fortführung der grün-schwarzen Landesregierung führt zu geteilten Reaktionen. Nur gut jeder Dritte begrüßt die Fortsetzung des Regierungsbündnisses aus Grünen und CDU, knapp jeder Dritte hätte eine Ampelkoalition aus Grünen, SPD und FDP bevorzugt. Das verbleibende Drittel gibt zu Protokoll, dass es ihm egal ist, wer die neue Regierung bildet.

Kritik an Schulpolitik

Frühere Bestandsaufnahmen des Baden-Württemberg-Monitors zeigen, dass die Schulpolitik des Landes in der Corona-Krise überdurchschnittlich kritisch bewertet wurde. Im neuen Landeskabinett stellt nicht mehr die CDU das Amt der Kultusministerin, sondern die Grünen. Allerdings sind die Erwartungshaltungen an die neue Ministerin gering. Ein Drittel der Bürger findet es gut, dass die Grünen das Kultusministerium von der CDU übernommen haben, nahezu ebenso viele finden das nicht gut. Die anderen trauen sich kein Urteil zu. 39 Prozent der Eltern sehen den Führungswechsel im Kultusministerium jedoch positiv. Sibylle Kranich

BNN.de

Mehr zum Thema „BaWü-Check“ auf unserer Website unter: [bnn.de](https://www.bnn.de)

Hunde-Schein kommt gut an

Zudem hat die neue Landesregierung einen sogenannten Sachkundenachweis für Hundehalter eingeführt. Wer einen Hund besitzt – das sind zwischen Mannheim und dem Bodensee immerhin 23 Prozent – muss in einem schriftlichen Test sowie einer praktischen Prüfung nachweisen, dass er seinen Hund unter Kontrolle hat und wissen, wie man einen Hund richtig hält und erzieht.

57 Prozent finden die Einführung eines solchen Hundeführerscheins für Hundehalter richtig, nur jeder Dritte hält dies für übertrieben. Hundebesitzer urteilen hier gänzlich anders als Personen, die keinen Hund besitzen. Nur 40 Prozent der Hundehalter, aber 63 Prozent der Personen ohne Hund begrüßen die Einführung des Hundeführerscheins; gut jeder zweite Besitzer eines Hundes – gegenüber nur rund jedem Vierten Nicht-Hundebesitzer – findet den Sachkundenachweis für Hundehalter hingegen übertrieben.



Hunde-Führerschein dabei? Der ist im Land Pflicht. Foto: djd/stock.adobe.com

Neue Solarpflicht

Wer ein Haus neu baut oder sein Dach grundlegend saniert, muss zukünftig eine Solaranlage installieren. Um diesen Punkt war in den Koalitionsvereinbarungen gut gerungen worden. Nun ist die Solarpflicht konkret geworden und die Bürger müssen sich wohl oder übel den Kopf darüber zerbrechen, ob sie das neue Gesetz gut finden oder nicht.

Die Umfrage ergab: 47 Prozent halten sie für richtig, aber 37 Prozent widersprechen. Nur ein deutlich kleinerer Teil von 16 Prozent traut sich hier kein Urteil zu. Besonders groß ist die Zustimmung für dieses Gesetz erwartungsgemäß unter den Anhängern der Grünen. Von ihnen halten zwei Drittel die Einführung der Solarpflicht bei Neubauten für richtig.



Sonnensammler: Ein neues Gesetz verpflichtet dazu. Foto: Patrick Pleull/dpa